

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Christian Kühn (Tübingen), Harald Ebner, Peter Meiwald, Dr. Julia Verlinden, Annalena Baerbock, Bärbel Höhn, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Steffi Lemke, Matthias Gastel, Lisa Paus und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dämmstoffe für die energetische Gebäudesanierung

Für die Umwelt- und Klimaschutzwirkung von Dämmmaßnahmen sind die graue Energie, die zur Herstellung der Dämmmaterialien aufgewendet wird, sowie die Recyclingfähigkeit der Dämmmaterialien von Bedeutung. Diese variieren je nach Dämmstoff.

Die Marktdurchdringung von Dämmstoffen aus nachwachsenden Rohstoffen ist noch gering, während Dämmstoffe aus Styropor einen Marktanteil von 50 Prozent halten und jene aus Mineralwolle 39 Prozent, wie aus dem privaten „Branchenradar Dämmstoffe 2014“ hervorgeht.

Die Verwendung von Dämmstoffen ist unter anderem wegen des Brandverhaltens von Polystyrol-Dämmstoffen in die öffentliche Kritik geraten. Zuletzt hatten die Bauminister der Länder untersucht, inwieweit geltende Brandschutzbestimmungen bei mit Styropor gedämmten Fassaden ausreichen, wenn die Brandquelle von außen auf das Gebäude einwirkt. Die Brandversuche haben ergeben, dass die Brandschutzbestimmungen nicht ausreichen. Die Bauminister haben sich infolgedessen darauf geeinigt, bei Neubauten die Anforderungen zu erweitern und bei bestehenden Gebäuden den Gebäudeeigentümern Informationen zu möglichen Vorsorgemaßnahmen an die Hand zu geben. Eine Nachrüstpflicht sei nicht verhältnismäßig. Es waren bis zum Jahr 2012 18 Brandfälle bekannt geworden.

Dämmstoffe aus Styropor sind zudem wegen Verwendung des Brandhemmers HBCD (Hexabromcyclododecan) in die Kritik geraten. HBCD wird in mehreren Produkten verwendet, vor allem aber in erdölbasierten Dämmstoffen für Gebäude, die unter dem Namen Polystyrol (auch: Styropor, EPS, XPS) auf dem Markt sind. Es verzögert die Entzündung von Kunststoffen und die Ausbreitung von Flammen. Bei vollentwickelten Bränden jedoch brennen auch Gegenstände, die mit Flammhemmern wie HBCD behandelt sind. Nach Angaben der Europäischen Chemikalienagentur ECHA wurden 2006 jährlich in Europa circa 12 000 Tonnen HBCD eingesetzt.

Laut Umweltbundesamt hat HBCD gesundheitsschädliche Effekte. In Tierversuchen wurde gezeigt, dass die Embryonal- und Säuglingsentwicklung gestört werden kann. HBCD steht auch im Verdacht, die Fortpflanzung zu beeinträchtigen. Human-Biomonitoring-Daten zur Belastung der Muttermilch zeigen, dass der Stoff in der Muttermilch enthalten sein kann. Zudem ist HBCD sehr schlecht zu entsorgen und schwer abbaubar. Er kann ins Grundwasser eindringen, sich

dort anreichern und bei Wasserorganismen schwere Schädigungen hervorrufen, die sich über die Nahrungskette bis zum Menschen fortsetzen.

Im Jahr 2011 wurde HBCD durch das UN-Umweltprogramm und die Stockholmer Konvention als biologisch schwer abbaubare Substanz eingestuft, und im Rahmen einer Anpassung der REACH-Chemikalienverordnung der EU in den Anhang XIV von REACH aufgenommen, in die Liste „Besonders besorgniserregender Stoffe“, deren Anwendung schrittweise verboten werden soll.

Mit Beschluss der sechsten Vertragsstaatenkonferenz des Stockholmer Übereinkommens über persistente organische Schadstoffe, auch POP-Konvention genannt, wurde im Jahr 2013 ein weltweites Verbot von HBCD beschlossen, mit einer ca. einjährigen Übergangsfrist bis zum November 2014. Die Vertragsstaatenkonferenz legte fest, dass diese Übergangsfrist bis zum Juni 2014 nicht für die Verwendung von HBCD in EPS und XPS für den Baubereich gilt, da bereits durch die REACH-Verordnung ein Ende der Herstellung und Verwendung nach dem 21. August 2015 vorgeschrieben ist.

Noch ist unklar, ob die Europäische Kommission die Möglichkeit der Ausnahmeverwendung für HBCD in Dämmstoffen unter der POP-Konvention über den 21. August 2015 hinaus anzeigt und demnach nach dem 21. August 2015 HBCD in Europa in Dämmstoffen, gegebenenfalls unter Auflagen, weiter verwendet werden kann (Quelle: Umweltbundesamt, 2014).

Wir fragen die Bundesregierung:

Graue Energie zur Herstellung von Dämmstoffen

1. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Menge grauer Energie, die für die Herstellung von Dämmmaterialien aufgewendet wird (bitte nach Art des Dämmstoffes – geschäumte Kunststoffe – Styropor, Polystyrol, Polyurethan, anorganische Dämmstoffe – Mineralwolle, Blähton, Perlite, Kalziumsilikat-Platten, geschäumtes Glas, Aerogel-Platten, Naturdämmstoffe – Cellulosedämmplatte, Celluloseflocken-Einblasdämmstoff, Hanfdämmplatte, Baumwoll-Dämmmatte, Baumwollflocken-Einblasdämmstoff, Glimmerschiefer-Schüttdämmstoff, Schaumglas, Flachsfaser-Dämmplatte, Holzfaser-Dämmplatte, Blähperlith-Schüttdämmstoff, Schafwolle-Dämmmatten, Hobelspan-Einblasdämmstoff, Kork-Dämmplatten, Kokosrollfilz-Dämmstoff, Calciumsilikat-Platte und Schilfrohr-Leichtbauplatten, sonstige aufschlüsseln)?
2. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Menge grauer Energie, die für die fachgerechte Entsorgung von Dämmmaterialien aufgewendet wird (bitte wie in Frage 1 nach Art des Dämmstoffes aufschlüsseln)?
3. Wie bewertet die Bundesregierung diese Unterschiede, und welche Schlüsse zieht sie daraus?
4. Inwiefern plant die Bundesregierung, die graue Energie, also die Energiemenge, welche für Herstellung, Transport, Lagerung, Verkauf und Entsorgung der verschiedenen Dämmmaterialien notwendig ist, in die Bestimmung der Förderfähigkeit mit einzubeziehen?

Recyclingfähigkeit von Dämmstoffen

5. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, inwieweit verschiedene Dämmmaterialien recyclebar sind (bitte wie in Frage 1 nach Recyclingarten, insbesondere thermische Verwertung bzw. Verbrennung, Kompostierbarkeit, und stoffliches Recycling der Dämmmaterialien, aufschlüsseln)?
6. Wie bewertet die Bundesregierung diese Unterschiede, und welche Schlüsse zieht sie daraus?

Anreize zur Verwendung von Dämmstoffen aus nachwachsenden Rohstoffen

7. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Verwendung von Dämmstoffen aus nachwachsenden Rohstoffen seit 2003 in Deutschland entwickelt (bitte nach Jahren und verwendeten Kubikmetern oder Quadratmetern aufschlüsseln)?
8. In welchem Umfang förderte die Bundesregierung die Gebäudedämmung auf Basis von nachwachsenden Rohstoffen (bitte in Euro, Bundesförderung und Jahr seit 2003 angeben)?
9. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung zu den Marktanteilen der Dämmstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen?
10. Was unternimmt die Bundesregierung, um die Verwendung umweltfreundlicher Dämmmaterialien gezielt zu unterstützen?
11. Welche Maßnahmen erwägt die Bundesregierung, um den Marktanteil von Dämmstoffen aus nachwachsenden Rohstoffen zu erhöhen?
12. Welche Maßnahmen erwägt die Bundesregierung, um den Marktanteil von Dämmstoffen auf Basis von pflanzlichen Rest- und Abfallstoffen zu erhöhen?
13. Welche Forschungsaktivitäten verfolgen das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und Bundeseinrichtungen, um die Erforschung und Entwicklung von Dämmstoffen auf Basis von pflanzlichen Rest- und Abfallstoffen auszubauen und sicherzustellen, dass bei der Materialbewertung ökologische Faktoren und sozioökonomische Effekte berücksichtigt werden, wie Flächeninanspruchnahme bzw. Flächenkonkurrenzen und Auswirkungen auf die Biodiversität?
14. Inwieweit plant oder erwägt die Bundesregierung, das Förderprogramm „Dämmstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen“, das unter der von der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN getragenen Bundesregierung von der damaligen Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Renate Künast, im Jahr 2003 aufgelegt und unter der von CDU, CSU und SPD getragenen Bundesregierung unter dem damaligen Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Horst Seehofer im Jahr 2006 beendet wurde, wieder aufzulegen?

Wanderausstellung BAUnatour

15. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um künftig die Arbeit der Wanderausstellung BAUnatour der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR) e. V. zu unterstützen?
16. An wie vielen Standorten gastierte die Wanderausstellung BAUnatour der FNR e. V. nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2011 bis 2015 (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
17. Wie viele Besucher hatte die Wanderausstellung BAUnatour der FNR e. V. nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2011 bis 2015 (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Brandverhalten von Styropor-Dämmstoffen

18. Wie viele Brandfälle von Wohngebäuden sind der Bundesregierung bis heute bekannt, an denen Brände bei polystyrolgedämmten Fassaden aufgetreten sind?

19. Wie viele Brandfälle von Wohngebäuden sind der Bundesregierung insgesamt bekannt?
20. Welche unterschiedlichen Ursachen liegen den Bränden von Wohngebäuden zugrunde (bitte nach Anzahl der Fälle und nach den Brandursachen aufschlüsseln)?

Verwendung des Brandschutzmittels HBCD in Styropor-Dämmstoffen

21. In welchen Baustoffen und in welchen Bauprodukten wurde nach Kenntnis der Bundesregierung HBCD eingesetzt?
22. In welchen Dämmstoffen wurde nach Kenntnis der Bundesregierung HBCD eingesetzt?
23. In welchem Umfang wurde nach Kenntnis der Bundesregierung HBCD bisher in Wärmedämmung in Deutschland verwendet?
24. In welchem Umfang wurde nach Kenntnis der Bundesregierung HBCD bisher in Wärmedämmverbundsystemen (WDVS) aus Polystyrol, Styropor, EPS, und/oder XPS in Deutschland verwendet (bitte nach den einzelnen WDVS aufschlüsseln)?
25. In welchem Umfang wurde nach Kenntnis der Bundesregierung HBCD bisher in Wärmedämmverbundsystemen aus anderen Materialien in Deutschland verwendet?
26. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Verwendung von Wärmedämmverbundsystemen aus Polystyrol seit 2003 in Deutschland entwickelt (bitte nach Jahren und verwendeten Kubikmetern oder Quadratmetern aufschlüsseln)?
27. In welchem Umfang förderte die Bundesregierung die Gebäudedämmung mit Wärmedämmverbundsystemen auf Polystyrol-Basis (bitte in Euro, Bundesförderung und Jahr seit 2003 angeben)?
28. Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Umweltverträglichkeit des Brandschutzmittels HBCD zu bewerten?
29. Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Gesundheitsverträglichkeit von HBCD zu bewerten?
30. Hält die Bundesregierung eine Einstufung von gebrauchten HBCD-Platten als Sondermüll für notwendig, und inwiefern setzt sie sich dafür ein?
31. Wie werden nach Kenntnis der Bundesregierung Dämmstoffe aus Polystyrol verwertet, und ist aus Sicht der Bundesregierung bei dieser Verwertung eine Freisetzung von Brandschutzmitteln, und im Falle der Verbrennung dessen vollständige Umwandlung in ungefährliche Endprodukte sichergestellt?
32. Inwiefern setzt sich die Bundesregierung für die umwelt- und fachgerechte und verbraucherfreundliche Entsorgung von Styropor-Dämmplatten ein?
33. Inwieweit setzt sich die Bundesregierung dafür ein, das Verbot von HBCD nach der REACH Chemikalienverordnung der EU ab dem 21. August 2015 umzusetzen?
34. Inwieweit ist der Bundesregierung bekannt, ob von in Deutschland tätigen Unternehmen, Verbänden oder sonstigen Institutionen Anträge für Ausnahmen vom Verbot der HBCD-Verwendung nach REACH gestellt worden sind?

35. Inwieweit hält die Bundesregierung Ausnahmen für HBCD vom Verbot nach REACH ab dem 21. August 2015 für sinnvoll?

Berlin, den 28. Januar 2015

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

